AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK 16.03.2026 | Cristian Chiscop

Brot oder Waffen

Rumänien rüstet auf und kürzt beim Sozialstaat. Dass der Zielkonflikt politisch verdrängt wird, hat spürbare Folgen.

Die klassische Debatte „Brot oder Waffen“ verweist auf eine grundlegende politische Frage: Soll man den Militärausgaben oder der sozialen Wohlfahrt und dem wirtschaftlichen Wohlergehen eines Landes Vorrang einräumen? In Rumänien haben strukturelle und geopolitische Zwänge in den letzten Jahren weitgehend verhindert, dass diese Debatte überhaupt geführt wird. Diese Leerstelle ist politisch nicht neutral, sondern Folge politischer Entscheidungen – und sie hat konkrete soziale Konsequenzen. Und genau wegen dieser Konsequenzen – und angesichts der jüngsten innenpolitischen Reformen – ist eine offene und demokratische Diskussion über „Brot oder Waffen“ zunehmend notwendig geworden.

Es ist politisch riskant, offen darüber zu sprechen, dass für „Brot“ auf „Waffen“ verzichtet werden müsste.

Rumäniens Lage an der Ostflanke der NATO schränkt die Bandbreite politisch akzeptabler Positionen ein. Der Einmarsch Russlands in die Ukraine hat im Land das Gefühl der Verwundbarkeit verstärkt. Verteidigungsausgaben werden deshalb nicht als etwas betrachtet, was man je nach politischen Präferenzen tun oder lassen kann, sondern als strategisches Muss, das sich aus Bündnisverpflichtungen und unmittelbaren Sicherheitsbedenken ergibt. Es gibt einen breiten Elitenkonsens dafür, die Militärausgaben in gleicher Höhe beizubehalten oder sie sogar zu erhöhen. Wer diesen Kurs in Frage stellt, wird schnell als verantwortungslos dargestellt. In einem solchen Klima erscheint es politisch riskant, offen darüber zu sprechen, dass für „Brot“ auf „Waffen“ verzichtet werden müsste.

Der Aufstieg der rechtsextremen AUR („Allianz für die Union der Rumänen“), die derzeit in Umfragen bei etwa 41 Prozent liegt,

verkompliziert die Lage zusätzlich. Im Einklang mit ihrer systemkritischen Haltung argumentiert die AUR seit langem, dass Rumänien die Ukrainehilfe reduzieren und die Ressourcen stattdessen für die eigene Bevölkerung einsetzen sollte. Kurzum: Die AUR hat sich die Sprache des „Brots“ zu eigen gemacht, indem sie ihr Plädoyer für sozialstaatliche Maßnahmen in nationalistische und souveränistische Begriffe kleidet.

Diese Entwicklung schränkt den Spielraum der Sozialdemokratischen Partei (PSD) ein, von der man in dieser Frage progressive Kompromissvorschläge erwarten würde. Wenn die PSD nun vorschlägt, Finanzmittel für Verteidigung oder für externe Verpflichtungen zugunsten von Sozialausgaben umzuverteilen, läuft sie Gefahr, mit der AUR und ihrer Rhetorik verwechselt oder von ihr überschattet zu werden. Die Bedenken, dass dieser Diskurs von russischen Manipulations- und Einmischungsversuchen ausgenutzt werden könnte, um einen Keil zwischen die NATO-Verbündeten zu treiben und die europäische Einheit zu untergraben, sind berechtigt. Folglich vermeiden es die Mainstream-Parteien völlig, konkret über einen Kompromiss zwischen Verteidigungs- und Sozialausgaben zu sprechen.

Doch die Finanzlage Rumäniens macht einen solchen Kompromiss unvermeidlich. Mit einem Haushaltsdefizit von 9,3 Prozent des BIP im Jahr 2024 und prognostizierten 7,65 Prozent im Jahr 2025 – dem höchsten innerhalb der NATO – sieht sich das Land mit strengeren Haushaltszwängen konfrontiert als alle anderen Verbündeten. Eine Erhöhung der Staatsverschuldung, um sowohl die Wiederaufrüstung als auch die Sozialausgaben zu finanzieren, ist keine gangbare Option, da der finanzpolitische Spielraum äußerst begrenzt ist. Unter dem Druck der EU-Haushaltsregeln, der Finanzmärkte und makroökonomischer Ungleichgewichte befindet sich die Regierung von Ilie Bolojan – die von einer Koalition aus National-Liberalen (PNL), Sozialdemokraten (PSD), Progressiven Liberalen (USR) und der Partei der ungarischen Minderheit UDMR unterstützt wird – in einer Zwickmühle.

Aber trotz einer knappen Haushaltslage werden politische Entscheidungen getroffen. Indem die Regierung auf Haushaltsprobleme verweist, verschleiert sie die Tatsache, dass sie aktiv entscheidet, wer unter der Geldknappheit zu leiden hat. Tatsächlich hat die Regierung seit ihrem Amtsantritt tiefgreifende Kürzungen bei Sozialleistungen und öffentlichen Ausgaben vorgenommen, von denen einkommensschwache Haushalte und schutzbedürftige Gruppen unverhältnismäßig stark betroffen sind. Während die Sozialleistungen also gekürzt werden, verbleiben die Verteidigungsausgaben auf dem gleichen Niveau oder werden sogar erhöht. Ganz gleich, ob die Regierung rhetorisch dazu

steht, diese Entscheidungen sind materiell spürbar. Große Gewerkschaftsverbände im Bildungs-, im Gesundheits- und im Verwaltungswesen bereiten einen Generalstreik vor, und die Besorgnis der Öffentlichkeit über die Sparmaßnahmen nimmt sichtbar zu.

Rumänien soll 16,68 Milliarden Euro aus dem europäischen SAFE-Programm zur Unterstützung der Verteidigungsbereitschaft der Mitgliedstaaten erhalten. Häufig wird argumentiert, dass damit das Problem des Wiederaufrüstungsbedarfs gelöst sei. Doch in Wahrheit ist dies eine politische Nebelkerze. Denn europäische Mittel können zwar die Finanzierung von Beschaffungs- und Industrieprojekten erleichtern, aber Opportunitätskosten und strukturelle Haushaltsungleichgewichte bestehen weiter. SAFE als Allheilmittel zu bezeichnen, verschleiert nur die schwierigen Verteilungsentscheidungen, die eine Wiederaufrüstung unter Sparbedingungen mit sich bringt.

Der spezifische Charakter der Verteidigungsausgaben vertieft das Dilemma noch weiter. Militärausgaben sind nämlich keine Investitionen, die direkt zukünftige Einnahmen generieren. Militärgüter wie Waffensysteme, Munition und schweres Gerät sind wirtschaftlich gesehen weitgehend „totes Kapital“. Sie sorgen zwar für Abschreckung und Sicherheit, aber sie stärken weder das Humankapital noch erzeugen sie Multiplikatoreffekte, wie sie mit Investitionen in Bildung, Gesundheitswesen, Infrastruktur oder Sozialschutz verbunden sind. Diese Opportunitätskosten sind im Kontext strenger finanzpolitischer Zwänge besonders bedeutsam.

Jüngste soziologische Forschungen unterstreichen die damit verbundenen politischen Risiken. Die Priorisierung von Verteidigungsausgaben kann Regierungen dazu zwingen, Sozialausgaben zu kürzen, aber solche Entscheidungen sind politisch umstritten und können bei Wahlen zu Stimmverlusten führen. Verteilungsfragen bei Verteidigungsausgaben und Sozialleistungen sind nicht nur technokratische Haushaltsfragen, sondern hängen auch von der Wahldynamik ab.

Rumäniens Bürger unterstützen die Wiederaufrüstung grundsätzlich, lehnen aber die damit verbundenen sozialen Kosten ab.

Die öffentliche Meinung in Rumänien spiegelt diese Spannung wider. Umfragen von Anfang 2025 zeigen, dass etwa 73 Prozent der Rumänen eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben befürworten. 57 Prozent sind damit einverstanden, bis zu fünf Prozent des BIP für Verteidigung auszugeben. Doch zugleich halten über 60 Prozent die Sparmaßnahmen der Regierung für ungerecht. Die Bürger scheinen

die Wiederaufrüstung grundsätzlich zu unterstützen, lehnen aber die damit verbundenen sozialen Kosten ab – ein Widerspruch, der die politische Bewältigung des Zielkonflikts besonders heikel macht.

Das politische System scheint auf diese Spannungen nicht vorbereitet zu sein. Innerhalb der Regierungskoalition wurde der Abbau des Haushaltsdefizits gegenüber Maßnahmen für soziale Gerechtigkeit priorisiert. Obwohl die PSD die größte Regierungspartei ist, hatte sie Schwierigkeiten, eine alternative Verteilungskonzeption zu formulieren oder zu verteidigen. In den ersten Monaten der Amtszeit des Kabinetts Bolojan gab die Partei dem Druck ihrer Mitte-rechts-Partner nach und kam ihnen entgegen.

Das erste Reformpaket, das im Juli 2025 verabschiedet wurde, ging überwiegend zu Lasten benachteiligter Gruppen: Der Standard-Mehrwertsteuersatz wurde von 19 auf 21 Prozent angehoben, der Mindestlohn eingefroren, Sozialleistungen gekürzt, und die Kategorie der mitversicherten Personen im öffentlichen Gesundheitssystem wurde abgeschafft. Zuvor befreite benachteiligte Gruppen müssen nun Krankenkassenbeiträge zahlen. Im Bildungsbereich umfassten die Sparmaßnahmen Stipendienkürzungen, die Zusammenlegung von Schulen, die Erhöhung der Klassengrößen und der Arbeitsbelastung der Lehrer sowie die Einschränkung des kostenlosen Schultransports. Diese Maßnahmen treffen Schwächere unverhältnismäßig stark. Zugleich wurden die Verteidigungsausgaben nicht auf Kürzungspotenzial untersucht.

Eine strukturelle Schwäche verschärft das Problem: Die rumänischen Sozialdemokraten sind in Diskussionen über Verteidigungs- und Sicherheitspolitik nicht besonders präsent. Da die Partei seit zwei Jahrzehnten den offiziellen außenpolitischen Konsens unterstützt, hat sie die Expertise in diesem Bereich vernachlässigt. Da sie seit 2000 keine Präsidentschaftswahl mehr gewonnen hat, ist sie zudem vom Kern des Präsidialapparats ausgeschlossen, der verfassungsrechtlich einen erheblichen Einfluss auf die Entscheidungsfindung in den Bereichen Verteidigung und Sicherheit ausübt. Die PSD ist daher sowohl institutionell als auch intellektuell nicht in der besten Position, eine umfassende Debatte über Wiederaufrüstung, fiskalische Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit zu führen.

Andere sozialdemokratische Kräfte in Europa haben die Spannungen zwischen „Brot und Waffen“ expliziter angesprochen. Der deutsche Finanzminister Lars Klingbeil und der Verteidigungsminister Boris

Pistorius haben argumentiert, dass Soziales und Verteidigung durch fiskalische Flexibilität und strategische Planung gleichzeitig gestärkt werden können. Auch die dänische Ministerpräsidentin Mette Frederiksen ist in ihrer Neujahrsrede 2025 direkt auf das Dilemma zwischen Verteidigungs- und Sozialausgaben eingegangen und argumentierte, dass die Wiederaufrüstung sozial gerecht erfolgen und mit den nationalen Werten im Einklang stehen müsse. Die Haushaltslage Rumäniens ist weitaus prekärer als die Deutschlands oder Dänemarks. Doch selbst im schuldenarmen Dänemark wird der Zielkonflikt offen diskutiert und nicht unterdrückt.

In Wahrheit befindet sich Rumänien bereits in einer Situation, in der es zwischen „Brot und Waffen“ einen Kompromiss finden muss. Sozialabbau, ehrgeizige Aufrüstung, Erwartungen an europäische Finanzhilfen und Rekorddefizite sind miteinander verknüpfte Elemente einer einzigen politischen Gleichung. Die Frage ist nicht, ob es den Zielkonflikt gibt, sondern ob er Gegenstand einer transparenten demokratischen Debatte wird – oder ob er implizit und technokratisch bleibt.

Angesichts der sozialen Kosten der jüngsten Reformen, der schwierigen finanziellen Zwänge und der Tatsache, dass Sozialkürzungen politische Gegenreaktionen hervorrufen können, ist eine explizite Debatte über „Brot oder Waffen“ in Rumänien nicht nur gerechtfertigt, sondern notwendig. Die Bürger verdienen Klarheit über Prioritäten, Opportunitätskosten und die Verteilungseffekte politischer Entscheidungen. Eine transparente Auseinandersetzung mit diesen Kompromissen – im Parlament, in den Parteiprogrammen und in der öffentlichen Debatte – ist daher nicht optional, sondern für die demokratische Legitimität unerlässlich. Denn Sicherheit ohne sozialen Zusammenhalt kann sich nicht nur als kostspielig erweisen, sondern letztlich auch als kontraproduktiv, da dies das Vertrauen, die Solidarität und das gemeinsame Ziel untergräbt, auf denen dauerhafte gesellschaftliche Stabilität beruht.



Cristian Chiscop
Bukarest

Cristian Chiscop ist Programmkoordinator im Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Rumänien und ist zuständig für den internationalen Dialog sowie politische Bildungsprogramme.